

INTERGLOBAL

WAHLEN IN DEN USA

Ein Außenseiter auf dem Weg ins Aus

Thorsten Fuchshuber, Philadelphia

Als „Maverick“, als unbeugsamer Eigenbrötler, hat sich John McCain gern präsentiert. Diese Selbstinszenierung könnte für ihn nun Realität werden: Kurz vor den Wahlen verliert der Republikaner selbst in jenen Staaten an Gefolgschaft, in denen ihm die Mehrheit der Stimmen sicher schien.

Während der amerikanischen Revolution spielten die Bürger von Vermont eine wichtige, ja kriegsentscheidende Rolle. Hinsichtlich des nun anstehenden Kräftemessens, dem von vielen wenn nicht gerade eine revolutionäre, so doch eine historische Dimension zugesprochen wird, scheint allerdings hier die Schlacht bereits geschlagen. Nicht nur wegen der vielen friedliebenden Alt-Hippies, die sich vor einigen Jahrzehnten in Vermont angesiedelt haben, ist der im Norden der US-amerikanischen Ostküste gelegene Bundesstaat kein so genannter „battleground state“. Der martialische Terminus bezeichnet jene Staaten der USA, in denen ein Kopf-an-Kopf-Rennen des republikanischen und des demokratischen Präsidentschaftskandidaten zu erwarten ist. „Wäre das Kräfteverhältnis in den gesamten Vereinigten Staaten so wie hier“, versichert Joe Slater, „dann würde Barack Obama mit Sicherheit Präsident“.

Vermont, so Slater stolz, ist - wie wohl überwiegend ländlich geprägt - politisch links von der Mitte situiert.

Das kleine Städtchen Brattleboro, in dem wir uns befinden, sei wahrscheinlich gar „eine der liberalsten Städte der gesamten USA“. „Das liegt vor allem an den vielen Colleges in der Umgebung, das sorgt für einen hohen Bildungsgrad“, referiert er am Tresen von „McNeills“, einer ländlich-urigen Brau-Gaststätte, deren Bierausschank ausschließlich von lokalen Mikrobrauereien stammt. Klar stehe auch Obama letztlich für die wirtschaftlichen Interessengruppen, die seinen Wahlkampf finanzierten, sagt der Mittvierziger, während er lässig mit einem Bierdeckel spielt. Dennoch hoffe er inständig, dass Barack Obama die Wahlen gewinnt. Warum der Mann in Jeans, Flanellhemd und Strickmütze trotz seiner kritischen Haltung gegenüber dem demokratischen Bewerber nicht für einen der anderen Präsidentschaftskandidaten - wie etwa jenen der grünen oder der sozialistischen Partei - votiert, hat er uns schnell erklärt: „Obama ist realistisch betrachtet einfach das kleinere Übel.“ Trotz aller Vorbehalte traue er ihm beispielsweise eine fortschrittliche Gesundheitspolitik zu.

Und die wird dieser Tage in den USA mehr diskutiert als etwa die Außenpolitik. Steuern, eine finanzierbare Krankenversicherung, die Krise am Finanzmarkt und deren Auswirkungen auf die Bevölkerung - das sind die Themen, die allen unter den Nägeln brennen.

Die sozialen Folgen der Krise sind an der Ostküste sichtbar. Fährt man durch eine beliebige Kleinstadt in Connecticut, Massachusetts, Maine oder Rhode Island, entdeckt man die Schicksale, die mit jenen Immobilienkrediten verbunden sind, die den „financial meltdown“ schließlich ausgelöst haben. Individuelle Finanzkrisen, die nun zu einer Inflation privater Flohmärkte geführt haben. Wer einmal durch die USA gereist ist, wird sie kennen, die so genannten samstäglischen „yard sales“. Mal stellt dieser, mal jener Bewohner einer Nachbarschaft einen Tapeziertisch vors Haus, lädt ihn mit Büchern und allerlei Krimskrams voll, um die Sachen an Passanten zu verkaufen. Doch aus der Tradition ist in den vergangenen Monaten für viele Kleinbürger der verzweifelte Versuch geworden, sich irgendwie über Wasser zu halten. Und so sind auffallend viele Vorgärten in den Kleinstädten - und längst nicht mehr nur samstags - mit mehr oder weniger wertvollen Second-Hand-Waren übersät. Mancher, der sein nicht abbezahltes Haus an die Bank abtreten musste, verscheuert vor dem Umzug noch die Möbel, für die in der mickrigen Mietwohnung, die vom (Alb-)Traum des Eigenheims noch übrig bleibt, ohnehin kein Platz mehr ist. Andere verkaufen in ihrer Not gar das Spielzeug ihrer Kinder, um die monatliche Kredittilgungsraten noch irgendwie zusammenzubekommen.

Eine Schattenwirtschaft, die so drastisch um sich greift, dass sich in manchen Kommunen gar die Exekutive zum Eingreifen gezwungen sieht. So hat etwa die Stadtverwaltung von Weymouth in Massachusetts veranlasst, dass jeder Haushalt nur noch maximal drei solcher „yard sales“ pro Jahr veranstalten darf. Laut Auskunft der örtlichen Polizei werden solche Verordnungen von der betroffenen Bevölkerung bislang aber weitgehend ignoriert.

Die sozialen Folgen der Krise sind überall an der Ostküste sichtbar.

In dieser Situation gewinnt Barack Obama den Umfragen nach immer weiter an Stimmen hinzu, auch unter Wählergruppierungen, die vorher noch nie einen demokratischen Präsidentschaftsanwärter gegenüber einem Republikaner bevorzugt haben - zumindest nicht seit 1972, als entsprechende Werte erstmals gemessen wurden. Darunter befinden sich etwa Wähler protestantischen Glaubens, Weiße und insbesondere männliche Weiße. Verzweifelt versuchte John McCain in der vergangenen Woche deshalb, seinen Konkurrenten mit der für ihn scheinbar schlimmsten aller Beschuldigungen zu diskreditieren: dieser sei ein Sozialist (ein Vorwurf,

Findet, dass sowohl die Republikaner als auch die Demokraten es nicht geschafft haben, ihre politischen Standpunkte überzeugend zu präsentieren: Nick Marrandino im Wahlkampfbüro der „Grand Old Party“ im migrantisch geprägten Süd-Philadelphia. (Foto: Danièle Weber)



den Obama umgehend als absurd von sich wies), der das hart erarbeitete Vermögen der Mittelständler und Kleinunternehmer umverteilen wolle.

Genutzt hat dieser Angriff McCains wie andere Attacken aus seinem Lager, die auf Obamas Person zielten, bislang jedoch augenscheinlich nicht. Statt dessen scheint sogar ein Wahlsieg in so manchem ihm vermeintlich sicheren Bundesstaat in Gefahr. So etwa in Florida, wo die Bevölkerung ebenfalls verstärkt von der Immobilienkrise betroffen ist. McCain war sich seiner Sache bezüglich des südlichen Ostküstenstaates so sicher, dass er sein Team dort erst Anfang September ernsthaft in den Wahlkampf einsteigen ließ. Während McCain sich anderen Staaten zuwendete, hat sich das Blatt im für ihn so essentiell wichtigen „sunshine state“ zu Gunsten seines Kontrahenten gewendet. Damit ist - für alle unerwartet - ein Bundesstaat zum „battleground“ geworden, der immerhin 27 Wahlmänner stellt, also genauso viele wie Massachusetts, Main, Connecticut und New Hampshire zusammen.

Nicht nur die auf Omnipräsenz zielende Werbekampagne wird für Obamas Vorsprung in Florida verantwortlich gemacht: Vielmehr gelang es seinem Team, eine bedeutende Anzahl von Erstwählern ausfindig zu machen und zur Wählerregistrierung zu mobilisieren. Das sich zunehmender Beliebtheit erfreuende Frühwahl-

programm trägt dazu bei, dass die frisch Motivierten ihre Stimmen abgeben, bevor die Euphorie wieder erkalte ist.

Da Obama Umfragen zufolge außer in Florida auch noch in weiteren traditionell „republikanischen“ Bundesstaaten in Führung liegt, darunter Virginia, Colorado, Nevada und North Carolina, muss John McCain unbedingt versuchen, auf ‚demokratischem‘ Terrain zu punkten. Dazu zählt vor allem Pennsylvania, das seit 1988 seine Stimmen mehrheitlich an die Demokraten vergab. McCain möchte sich die 21 Wahlmännerstimmen dieses „key states“ um jeden Preis sichern. Folglich scheute er diese Woche weder Kosten noch Mühe, um dort Präsenz zu zeigen. Obama, der ‚seinen‘ „battleground“ natürlich verteidigen möchte, tat es ihm gleich. „Das ist ein Kampf um jedes einzelne Haus“, bleibt denn auch Nick Marrandino in seiner Beschreibung des Wahlkampfes im militärischen Jargon. Marrandino ist Leiter des republikanischen Wahlkampfbüros im Süden von Philadelphia. Die im Westen Pennsylvanias gelegene ehemalige Hauptstadt der USA wird mehrheitlich von Afroamerikanern bewohnt. Doch auch irische, osteuropäische, italienische und asiatische Immigranten haben die neben Pittsburgh größte Stadt des Bundesstaates geprägt.

„Früher waren die verschiedenen Viertel der Stadt relativ strikt nach

Ethnien getrennt“, sagt der Fünfzigjährige, der, wenn er sich nicht gerade im Wahlkampf engagiert, hier im Süden der Stadt als Bäcker angestellt ist. Heute jedoch spielen das keine so große Rolle mehr: „Die Viertel werden durchmischt und auch politisch gibt es kaum noch entsprechende Loyalitäten.“ Heute seien politische Sachfragen entscheidend - und das jeweilige Einkommen, das für die Bewertung der verschiedenen wirtschaftspolitischen Vorschläge mitentscheidend sei.

Marrandinos Büro ist ein etwas abgetakeltes, kleines Kabuff, in dem außer zwei alten Schreibtischen vor allem jede Menge Wahlkampfmaterial untergebracht ist. Plakate in den Farben der italienischen und der polnischen Nationalflaggen werben für Palin und McCain. „Ich würde sie und mich belügen, wenn ich behaupten würde, dass die Hautfarbe in dieser Stadt oder anderswo keine Rolle mehr spielt“, gesteht Nick Marrandino ein. Früher hat er sich für die Demokraten engagiert, doch deren Arroganz und sowie Korruption und Wahlbetrug in der Partei hätten ihn schließlich zu den Republikanern wechseln lassen. „Natürlich gibt es Leute, die sagen: ich finde gut, was Obama sagt, aber ich kann ihn nicht wählen, weil er schwarz ist.“ Vereinzelt seien diese Ressentiments von republikanischen Wahlkampfhelfern auch geschürt worden, so Marrandino.

Dennoch vereinigte Barack Obama laut verschiedener Umfragen von Mitte der Woche auch in Pennsylvania über zehn Prozent mehr Wählerstimmen hinter sich als sein republikanischer Konkurrent. Dies, obwohl McCain gerade hier auf die Stimmen vieler enttäuschter Anhänger von Hillary Rodham Clinton gehofft hatte. Während der Vorwahlen hatte sich Clinton, die besonders im Angestelltenmilieu viel Unterstützung fand, in diesem Bundesstaat deutlich gegen Obama durchgesetzt. Zumindest Nick Marrandino lässt sich von den Umfragen jedoch nur wenig beeindrucken: „Bei Umfragen erzählt doch jeder, was die Interviewer hören wollen“. „In den USA gab es immer eine schweigende Mehrheit“, verrät er zum Abschied, „und die meldet sich eben erst am Wahltag zu Wort“.

Es gibt jedoch - da gerade von Prophezeiungen die Rede ist - einen Punkt, in dem sich recht viele Demokraten und Republikaner entlang der Ostküste einig scheinen: Es wird, nachdem am kommenden Dienstagabend an der Westküste die letzten Wahllokale geschlossen haben, noch einige Zeit dauern, bis ein erstes Resultat veröffentlicht wird. Und da die Präsidentschaftswahlen vor allem ein Medienspektakel sind, das die Sachthemen vollkommen in den Hintergrund drängt, bleibt so bis zum Schluss ein Höchstmaß an Spannung garantiert.